

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Aftam 80 Pf.

## Abend-Ausgabe.

## Deutschland.

Berlin, 2. August. Das „Konf. Wochenbl.“  
schreibt in einer Besprechung des konservativen  
Programms: „Die Kreuzzeitung“ u. s. w.

Die „Kreuzzeitung“ spricht von der Notwendigkeit, daß die Leiter unseres Staatswesens ihre Kräfte entschlossen bei den Mitarbeitern suchen, die allein auf das rettende Doppelgestirn: Christentum und Monarchie blicken. Das ist genau unsere Meinung. Nur ist die Forderung der „Kreuzzeitung“ zur Hälfte schief. Die Verhältnisse geben der Aufgabe, auf die Pflege christlicher Gesinnung in unserem Volke bedacht zu sein, erheblichen Nachdruck; und es ist richtig, daß wir auf diesem Gebiete starke Verwurzelungspunkte mit dem Zentrum — wenn auch keineswegs nur mit dem Zentrum Verwurzelungspunkte — haben. Es ist aber eine ganz haltlose Fiktion, daß auch der zweite Keim: die Monarchie, nach derselben Anleitung hinfort. Wir bezweifeln nicht, daß ein großer Teil unserer katholischen Bürger unter allen Umständen treu zu seinem Könige stehen würde; aber Gott verleihe, daß wir je praktisch die Probe durchmachen müssen, in welchem Verhältnis das Gewicht einer entgegenstehenden päpstlichen Aufforderung sich stärker erweisen würde, und jedenfalls kann von einer prinzipiellen und unbegrenzten Stütze, welche die Sache des Königtums an der katholischen Kirche — oder einer ähnlich entwickelten evangelischen Kirche — fände, nach einer genauen Reihe von Erfahrungen, von denen wir die jüngsten oben berührt haben, nicht die Rede sein. Auch wird es, zumal unter preussischen und deutschen Verhältnissen, gefallt sein, die Stellung zur Armee als Präfix für die Stellung zur Monarchie zu betrachten, und die Erinnerung an die Duldung, welche das Zentrum — im Gegensatz zu den Mittelparteien — auf diesem Gebiete in einem kritischen Augenblick Schuler an Schuler mit der Demokratie eingenommen hat, kann unmöglich schon aus der Erinnerung entschwunden sein.

Allerdings scheint die Gedächtnisschwäche und der Optimismus in der Beurteilung des Zentrums jetzt kaum mehr Grenzen zu kennen. So tritt auch die „Konservative Korrespondenz“ in einer warmen Abolitionstheorie zu Gunsten dieser Partei mit der Ansicht hervor, daß, der Fall, daß das Zentrum das ihm jetzt entgegengelegte Vertrauen nicht mehr rechtfertigen und etwa unerfüllbare Forderungen stellen sollte, schwerlich eintreten dürfte. Die „Konservative Korrespondenz“ muß bemerken, daß der Inhalt des Windthorst'schen Schlußantrages und die Rückberufung der Jesuiten, Dinge, von denen in jeder katholischen Versammlung die Rede ist, für „erfüllbare Forderungen“ des Zentrums halten; wo nicht, so bliebe uns wenigstens nur die Erklärung, daß sie das, was sie sagt, sich nicht zuvor überlegt hat. Und solche über alle Maßen sanguinischen Auslassungen übernimmt ein Organ, von dem man annimmt, daß es die Ansichten der Regierung vorträgt, nicht nur beifällig, sondern fügt aus seinem Eigennamen auch noch einige spöttische Bemerkungen über die Furcht vor dem „Schwarzen Mann“, dem Zentrum, hinzu. Man halte doch daran fest, daß nicht leere Einbildungen, sondern eine lange Reihe von Erfahrungen die bestimmte Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß die Aufgabe, die Interessen der katholischen Kirche wahrzunehmen, den Mittelpunkt der gesamten Politik des Zentrums bildet, und daß diese Partei genau so lange und genau in dem Maße regierungsfreundlich ist, wie es sich von dieser Haltung die beste Förderung jener Aufgabe verspricht. Es ist unter solchen Umständen nicht verständlich, wenn die Beobachtung, daß das Zentrum sich jetzt in einer förmlichen Siegesfeier der Regierungsfreundlichkeit befindet, eine gewisse Beunruhigung hervorruft; denn man kann nicht daran zweifeln, daß bestimmte zuverlässliche Erwartungen die Basis dieser regierungsfreundlichen Verfeinerung bilden, man kennt den unumwandelbaren politischen Grundfals des Zentrums: Do ut des, und man weiß, was dieser Partei gegeben werden muß, damit sie in regierungsfreundlicher Haltung weiterlebt. Natürlich folgen wir in keiner Weise etwa, wie es mit einem solchen Trugschluß unterstellt zu werden pflegt, daß die Regierung die Unterstützung des Zentrums zurückweisen soll. Nein, sie soll lebhaft der Herausbildung eines einheitlichen Freundschaftsverhältnisses mit dieser Partei aus dem Wege gehen, auf die Pflege guter Beziehungen auch zu anderen Parteien bedacht sein und sich so davor bewahren, in eine Abhängigkeit vom Zentrum zu geraten. Für eine andere Politik der Regierung würden wir kein Verständnis haben; denn soweit es sich um die wichtige Frage handelt, wo die Monarchie neben den konservativen die verhältnismäßig zuverlässigste Stütze findet, steht allen schiefen Argumentationen und tendenziösen Zeichnungen der „Kreuzzeitung“ gegenüber fest, daß die Krone das, was sie auf dem militärischen und nationalen Gebiete gebraucht, in den letzten Jahren widerspruchsvoll von den Mittelparteien erlangt hat, und zwar in selbstloser und patriotischer Verhängung dieser Parteien, ohne die Verjagungen, die Seitenstöße und den Preislaun des Zentrums. Solche Parteien drängt derjenige, der in voller Aufrichtigkeit dem Zentrum „Monarchie“ folgt, doch nicht gewaltsam zur Tür hinaus, um auf der anderen Seite das Zentrum hineinzuwinkeln.

Wie nach der „D. B. Z.“ verläutet, würde nach den großen Herbstübungen der kommandierende General des Garde-Korps v. Meerscheid-Hüllessem seinen Abschied nehmen.

Der Erbprinz von Oldenburg soll, laut „Oldenburgischer Zeitung“, zum Kommandeur der 19. Brigade ernannt sein und der Brigadeführer soll von Hannover nach Oldenburg verlegt werden.

Das königlich preussische Kadettenkorps wird im September dieses Jahres die Feier seines 175jährigen Bestehens feierlich begehen. Der Schöpfer des preussischen Kadettenwesens ist König Friedrich II. Am 1. Bei seinem Regierungsantritt befanden sogenannte Kadetten-Akademien zu Berlin, Magdeburg und Kolberg, deren Zweck neben der Ergänzung des Offizierskorps auch derjenige war, als Wohlthätigkeitsanstalten für den ärmeren Adel des Landes zu dienen. Die Kadetten zu Berlin und Magdeburg bildeten in sich geschlossene Kompanien, während diejenigen der Kolberger Akademien auf die einzelnen Kompanien der Garnison vertheilt waren. Die Berliner

Akademie, 1701 formirt, befand sich seit 1712 in dem sogenannten Heggarten, an derselben Stelle, an der noch gegenwärtig das alte Berliner Kadettenhaus steht, in dessen Räumen jetzt Kadetten untergebracht sind. Die Kadetten zu Magdeburg waren daselbst in der Zitadelle untergebracht, während die Kolberger sich in Privatwohnungen befanden. Die Zöglinge dieser militärischen Institute empfingen eine militärische Dressur, doch fehlte es an der Erziehung und wissenschaftlichen Bildung. Die zerstreuten Akademien gestatteten außerdem keine unmittelbare Kontrolle des Königs, und da sie ohne organischen Zusammenhang waren, so mußten ihre Ergebnisse sehr verschiedenartig, oft vom Zufall abhängig sein. Dieser Umstand veranlaßte den König, die Anstalten zu Kolberg und Magdeburg im Jahre 1717 mit derjenigen in Berlin zu vereinigen und so das corps des cadets zu stiften, welches bis 1721 von 130 auf 236 Zöglinge vermehrt wurde. Bekannt ist, in welchem nahen Verhältnis zu dem corps des cadets der Große Friedrich als Kronprinz trat. Bei der Begründung des Instituts wurde er dessen nomineller Chef und hat, älter geworden, die Uniform des Korps getragen. Sein erster Lehrgänger im militärischen Exerzieren war ein sechzehnjähriger Kadett, die erste Truppe, welche Kronprinz Friedrich Übungen unter persönlichem Kommando ausführen ließ, war die „Kronprinzliche Kompanie Kadets“.

Aus Hoffreisen verläutet, daß zu den kaiserlichen Gästen auf Schloß Urvide bei Weg außer den beiden bayerischen Prinzen Leopold und Ludwig auch der König von Sachsen, der Großherzog von Baden, der Herzog von Württemberg und aller Voraussicht nach auch der greise Erbprinz Albrecht von Preußen gehören werden. Wie weiter verläutet, ist das Schloß Urvide für die Veranstaltung größerer Festlichkeiten zu klein. Die im Programm vorgesehenen zwei Brunklaffen, die eine für die Zivilbehörden, werden daher im Meier Wiltür-lasino und im dortigen Bezirkspräsidialgebäude stattfinden. Zu einer ganz besonders eindrucksvollen und großartigen Feier soll die am 11. September auf der Esplanade zu Weg vor sich gehende Einweihung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. gestaltet werden.

Seit anderthalb Jahren liegt dem Bundesrat ein Antrag Bayerns auf Wiedereinsetzung des Redemptoristenordens vor. Dem Orden ist im Jahre 1873 das Niederlassungsrecht in Deutschland verweigert worden wegen seiner Verwandschaft mit dem Jesuitenorden, die damals in ausführlichen Gutachten nachgewiesen worden war. Inzwischen hat sich in Bayern die Meinung herausgebildet, daß dieser Nachweis nicht begründet sei, und die bayerische Regierung hat eine Verpflichtung empfunden, die sie der liberalen Partei in der bayerischen Kammer gegenüber übernommen hatte, beim Bundesrat den Antrag auf Wiedereinsetzung des Redemptoristen zu stellen. Der Antrag hat inzwischen die üblichen Stadien durchlaufen. Er ist vom Plenum des Bundesrats an die Ausständigen überwiesen worden und, wenn er hier längere Zeit gelegen hat, so erklärt sich das daraus, daß die preussische Regierung noch einmal die Einlegung von Gutachten über die Stellung der Redemptoristen zu den Jesuiten für notwendig erachtet hat. Darüber ist nun ein Jahr verfloßen. Die eingeforderten Gutachten müssen eingegangen sein, und wenn trotzdem der Bundesrat auch dieses Jahr in die Ferien gegangen ist, ohne die Redemptoristenfrage entschieden zu haben, so liegt in der That die Vermuthung nahe, daß der Bundesrat die ganze Angelegenheit ad calendas graecas zu vertagen gewillt ist. Eine dahingehende Anspielung hatte ein Berliner Blatt gebracht und, „Germania“ ist darüber nicht wenig in Zorn geraten. Mit der Zuverlässigkeit, die das hauptstädtische Organ des Ultramontanismus seit einiger Zeit auszeichnet, proklamiert es denn auch heute wieder, daß „das etwas geheißen werde“. Die Hauptaufgabe des Zentrums werde sein, die Hoffnungen der Kulturkämpfer zu nichte zu machen, auch in der Rückberufung der Jesuiten. Das ist gut gebrüllt. Nur braucht man sich vor diesem Lärmgeschrei nicht allzu sehr zu fürchten. Graf Caprivi hat ausdrücklich versichert, daß die preussische Regierung der Rückberufung der Jesuiten nicht zustimmen werde.

Die Ueberweisungen von Getreide- und Viehhöfen an die Kreise betragen für das Rechnungsjahr 1891-92, wie nach der „N. Z.“ verläutet, nicht weniger als 57 Millionen Mark und überschreiten den Betrag um 22 Millionen Mark. Sie betragen etwa 10 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Diese exorbitante Höhe ist theils eine Folge der Mißernte des Jahres 1891, theils durch die außerordentlichen Bewegungen des Getreidehandels in Folge der neuen Handelsverträge hervorgerufen. Nach dem gesetzlichen Maßstab aus der vorjährigen Verteilung werden erhalten u. A. die Stadt Berlin etwa 5 Millionen, die Provinz Sachsen mit 2,558,000 Einwohnern etwa 5 1/2 Millionen, die Rhein-provinz mit 4,600,000 Einwohnern etwa 8 Millionen, Schleswig-Holstein mit 1,200,000 Einwohnern etwa 3 Millionen, dagegen Ostpreußen mit fast 2 Millionen Einwohnern etwa 3 Millionen, Westpreußen mit 1,400,000 Einwohnern etwa 2,200,000 Mark, Provinz Posen mit 1,700,000 Einwohnern etwa 2,750,000 Mark. Vorausichtlich dürfen die Ueberweisungen kaum je wieder einen ähnlichen Betrag erreichen. Schon in den ersten Monaten d. J. hat die Getreidezufuhr erheblich nachgelassen und wird noch mehr zurücktreten, sobald die neue, verhältnismäßig ausgiebige Ernte auf den Markt kommt. Die Einfuhr des Jahres 1892-93 wird aller Voraussicht nach hinter diejenige des Jahres 1890-91 nicht zurückbleiben, namentlich, wenn es den Anschein hat, auch die Kartoffelernte günstig ausfällt. In diesem Falle werden wahrscheinlich die Ueberweisungen für das Jahr 1892-93 in Folge Verminderung der Getreidezufuhr auf 25-30 Millionen zurückgehen.

Wie die „Danz. Ztg.“ berichtet, bereite dieser Tage eine vom ungarischen Ackerbau-ministerium entsandte Kommission die Provinz Westpreußen, um die Erfolge der Kolonisation nach dem Rentengutsvergesetz zu studieren. Nachdem schon Informationsreisen in den Kreisen Elbing und Königs veranlassen waren, wurde am Freitag der Kreis Pr. Stargard in Begleitung des General-Kommissions-Präsidenten Deutner

aus Bromberg und des Regierungsrates und Spezial-Kommissars Meyer aus Danzig bereist und es wurden die Rentengutskolonien von Klein-Zablan, Tippin und Wilschkeblott dortselbst besichtigt.

Der Verband zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse theilt mit, daß er im Begriff stehe, sich an die Kommandos der verschiedenen Regimenter des Bundesgebietes zu wenden und um Angabe derjenigen Mannschaften zu bitten, die im Herbst entlassen werden, vom Lande stammen und bereit sind, ländliche Arbeit zu übernehmen. Der Verbandvorsitzende begründet diese Maßregel wie folgt: „Es handelt sich darum, die Leute direkt von der Truppe in ländliche Stellungen zu bringen. Die durch die Disziplin des Heeres erzeugten und an Gehorsam und Ordnung gewöhnten Mannschaften werden dadurch der Landwirtschaft erhalten, ohne durch zeitweilige Fabrikarbeit geschwächt und durch den Aufenthalt in den Städten verweichlicht zu sein.“

Die in Preußen begonnenen Versuche, die Metallbeschläge an der Ausrüstung der Truppen möglichst durch Aluminium zu ersetzen, werden den „Münchener N. Nachr.“ zufolge auch in Bayern angestellt. Dementselben Laite zufolge exerzieren einzelne bayerische Truppentheile zur Zeit in schiffbräunlichen Blouen. Bei den Wandern erhalten alle Truppentheile gleichfalls schiffbräunliche Ueberzüge über die Metallbeschläge.

Die polnische Abordnung, welche dem Kultusminister Dr. Hoffe bei seinem Besuche in Polen eine Denkschrift über die Schulverhältnisse überreichte, hat dem Minister, wie der „Dziennik Pozn.“ jetzt mittheilt, durch eines der Mitglieder erklären lassen: die Forderungen der Polen erregten bei den Bayern Deutschen durchaus kein Aergerniß; die Deutschen seien durchaus nicht Gegner dieser Forderungen; es beweise dies die Thatfache, daß alle Mitglieder des Magistrats, welche bis auf ein Mitglied sämtlich Deutsche sind, sowie die gesamte Stadtverordneten-Versammlung sich einstimmig damit einverstanden erklärt haben, daß in der Schulplan in der Polen zu errichtenden staatlichen Fortbildungsschule der polnische Sprachunterricht eingeführt werde. Die „Pol. Ztg.“ bemerkt hierzu: So weit es erinnert, hat die Stadtverordnetenversammlung nur in ihrer Majorität, nicht einstimmig, sich mit der Einführung des polnischen Sprachunterrichts, welche bekanntlich von dem Herrn Minister abgelehnt worden war, einverstanden erklärt. Auf eine kleine oder große Unmuthigkeit kommt es den frommen polnischen Herren offenbar nicht an, wenn es sich um die Betreibung ihrer nationalen Geschäfte handelt.

Riel, 31. Juli. Die auf hiesiger Hebe angelegte Manöverflotte, bestehend aus den Panzerschiffen „Baben“, „Vaiern“, „Friedrich der Große“, „Kronprinz“, „Deutschland“, „Friedrich der Große“, der Kreuzer-Korvette „Prinzess Wilhelm“ und den Aviso „Zieten“ und „Wacht“, wird, nachdem sie Rosten aufgefällt und Proviant aufgenommen hat, und nachdem die Korvetten-Flotille und der Aviso „Grille“ in den Flottenverband eingetreten sind, bereits morgen wieder in See gehen. Und zwar wird sich die Flotte zunächst wieder in die Nordsee und von da später in die Ostsee zurück nach Danzig richten, wo die Geschwader dem Vernehmen nach zwei Wochen manövriren und dann erst nach Kiel heimkehren werden. In Bezug auf die jüngste Reise der Manöverflotte von Wilhelms-hafen nach Norwegen und von dort nach Kiel ist in erster Linie Erstaunliches über die Leistungen der Kreuzer-Korvette „Prinzess Wilhelm“ zu berichten. Man wird sich erinnern, daß dieses Schiff sowohl im vorigen, als auch in diesem Jahre mit fortwährenden Reparaturen zu thun hatte und von seiner projektierten Reise nach Westafrika Abstand nehmen mußte, weil es bereits im Kanal hart mitgenommen war. Das Schiff hat sich nunmehr während seiner bisherigen Theilnahme an den Geschwaderübungen nicht allein gut bewährt, sondern auch mehr geleistet, als man erwartete. Dies bezeugt sich namentlich auf eine forcierte Fahrt von Helgoland nach Christiansand. Dasselbe wurde nach zweitägigem gemeinsamen Kreuzen der Flotte rings um die genannte Insel in der Weise angetreten, daß die Schiffe der ersten Division, „Baben“, „Vaiern“ und „Zieten“, am Abend, die übrigen Schiffe am nächsten Morgen abkämpften. „Prinzess Wilhelm“, welche nicht, wie man annahm, nur 18, sondern 19 1/2 Knoten leistete, langte ungefähr gleichzeitig mit den Panzerschiffen der ersten Division vor Christiansand an, und magte volle sechs Stunden auf die mit ihr zugleich abgefahrenen Schiffe warten. Freilich hatten die Mannschaften bei dieser Leistung, wie immer bei den forcierten Fahrten des Schiffes in hohem Maße gelitten. Daß auch das Bootsmaterial der Kreuzer-Korvette, welche sich während der Manöver bisher auch im Gesecht bewährt hat, ein vortreffliches ist, erwies sich ebenfalls auf der jüngsten Reise; bei dem zu Christiansand veranstalteten Wettrudern, gewonnen die Boote der „Prinzess Wilhelm“ nicht weniger als vier Preise. Diese Erfolge der Kreuzer-Korvette veranlassen die Flottenchef, Vize-Admiral Schröder, persönlich an Bord des Schiffes zu erscheinen und seine volle Anerkennung für dessen Leistungen auszusprechen. — Die Fahrt der Flotte von Christiansand nach Kiel wurde sodann geordnet zurückgelegt; man erwartete einen Angriff durch die bereits früher nach Kiel zurückgekehrte Torpedoboot-Flotille, wodurch zwei Nächte lang ein scharfer Wache- und Bereitschaftsdienst verursacht wurde. Der Angriff erfolgte jedoch nicht, die Flotille blieb auf hiesiger Hebe.

Eine bemerkenswerthe Neuerung ist bei der Manöverflotte in diesem Jahre zum ersten Mal eingeführt. Bisher wurden vom Admiralalich alle Befehle durch Flaggen-Signale erteilt. Seit kurzer Zeit jedoch ist aber am Mast des Admiralalichs „Baben“ eine sechsarmige, optische Telegraphen-Einrichtung angebracht, wie sie sich bisher unten an Deck jedes Schiffes befand, um von Bord zu Bord zu signalisiren. Durch diesen Telegraphen werden jetzt die Befehle des Admirals der Flotte übermittelt und zwar hat sich, wie wir hören, die Einrichtung durchaus bewährt. Namentlich bei Nacht und im Nebel sind die Signale sicherer zu erkennen und zu verstehen, als die bisherigen Flaggen-Signale. Selbstverständlich verbleiben auch die letzteren im Gebrauch.

Von der Insel Aurum, 30. Juli. Der Aufenthalt Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Heinrich auf unserer Insel, welcher bis zum 18. August geplant war, ist bis zum 10. September verlängert worden. Wie gerüchtesweise verlautet, beabsichtigt Se. Maj. der Kaiser in Begleitung des Prinzen Heinrich nach seiner Rückkehr von England seiner erlauchten Schwägerin auf Aurum einen Besuch abzustatten.

Thorn, 1. August. In Schillo wurde heute die Revisionsanstalt für sämtliche auf der Weichsel in das diesseitige Gebiet eintretenden Dampfschiffe, Fußschiffe und Fährer eröffnet. Durch polizeiliche Ueberwachung ist Sorge getragen, daß Niemand sich der Kontrolle entziehe. Für verdächtige Personen wird eine Baracke mit einem Desinfektionsapparat und einer Badeeinrichtung gebaut. Die Untersuchung der Eisenbahnreisenden auf dem Hauptbahnhof wird streng gehandhabt.

Essen a. d. Ruhr, 1. August. (W. Z. B.) Stempelprozeß. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung beschloß der Gerichtshof, den Regierungsrath Reiter für Mittwoch als Zeugen zu laden. Der Präsident des Gerichtshofes und der Vertbeidiger Rechtsanwalt Dr. Sello theilten mit, daß eine große Anzahl anonymer Briefe eingegangen sei. Es wurde beschloffen, dieselben unbenutzt zu lassen. Der Zeuge Reiter habe gesagt, daß falsche Proben nicht untergeschoben seien. Hierauf theilte der Präsident mit, daß mit Ausnahme des Bauraths Reiter sämtliche Zeugen vernommen seien. Schließlich behandelte die nachmalig vernommenen Sachverständigen übereinstimmend, daß es nicht möglich sei, daß das Abheften und Abstreifen der Schienen in der geschätzten Weise vorgenommen und daß die abgeheilten und abgeheilten Schienen dem Abnehmer vorgelegt worden seien. Direktor Passmer sagte aus, daß er die Richtigkeit der Angaben von Reiter bezweifle über eine Unterzeichnung von mehreren Proben nicht für möglich halte. Was Volomolotz angehe, so bezweifelte er, daß bei Schloßproben eine Unterzeichnung hätte stattfinden müssen. Die übrigen Sachverständigen stimmten dieser Behauptung zu. Regierungsrath Reiter selbst sagte aus, ihm sei während der Verhandlungen nichts so unklar geblieben, als die Angaben über die Zerreißproben. Er habe die Ueberzeugung, daß die Zeugen sich geirrt hätten. Ingenieur Vering sei stets bestrebt gewesen, voll und ganz seine Schuldigkeit zu thun. Der Abnehmer Ingenieur Conrad stellte dem Angeklagten Herber ein sehr gutes Zeugnis aus.

Frankfurt a. M., 1. August. Laut telegraphischer Meldung des hiesigen „General-Anzeigers“ aus Karlsruhe soll in maßgebenden Kreisen erwogen worden sein, ob die Kaiser-Mandate aus sanitären Gründen nicht ausfallen müßten.

Stuttgart, 28. Juli. Auch Stuttgart wird über kurz oder lang seine Oberbürgermeisterfrage haben. Was von dem Befinden des als Ueberanstrengung erkrankten Oberbürgermeisters Dr. Hach verlautet, der in die Heilanstalt Winnenden gebracht werden mußte, läßt leider voraussetzen, daß er schwerlich wieder in sein Amt eintriften kann. Sein Stellvertreter ist der Gemeinderath Dr. Götz, und wenn blos Verdienst, Fähigkeit und Erfahrung den Ausschlag gäbe, so könnte über den künftigen Oberbürgermeister keine Meinungsverschiedenheit in der Bürgerschaft sein. Auf Götz schon seit Jahren der größere Theil der städtischen Geschäftsleitung mit bestem Erfolge ruht. Aber Götz ist zugleich Politiker, er sitzt im Landtag und ist auch der Führer der deutschen Partei; bis vor Kurzem war er Vorstand der Partei, und damit ist gesagt, daß er eine starke Gegnerkraft haben wird. Daß die Wahl eine politische sein wird, ist schon deshalb unübersehbar, weil sie durch das allgemeine Stimmrecht geschieht. Es ist dies eine württembergische Eigentümlichkeit. Man hat schon gesagt, Württemberg habe die zepfigsten und die liberalsten Einrichtungen von der Welt, die letzteren aber immer an der unrichtigen Stelle. Zu den letzteren gehört unstreitig die Bestimmung, wonach die Ortsvorstände nicht wie sonst überall durch die bürgerlichen Kollegien, sondern durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden. Gerade in den letzten Jahren haben verschiedene Städte bei Bürgermeistervahlen seltsame Erfahrungen mit dem allgemeinen Stimmrecht gemacht. Der berüchtigte Fall ist in Heilbronn, dessen Oberbürgermeister Hegelmaier seit acht Jahren so viel von sich reden macht. Eine Aenderung der zweckwidrigen Bestimmung, wonach die Ortsvorstände in die Lebensdauer des allgemeinen Stimmrechts hineingezogen werden, wäre vielleicht bei der letzten Verwaltungsreform durchzuführen gewesen, wenn die Regierung in anderen Punkten liberale Vorschläge entgegengebracht hätte. Jener Zeitpunkt ist aber verstrichen. Hoffentlich ist, bis eine Neuwahl erforderlich wird, wenigstens der Zankapfel der Rathhausfrage beseitigt, der gegenwärtig die hauptstädtische Bürgerschaft in zwei Hälften spaltet. Die Frage ist, ob das neue Rathaus an der Stelle des alten auf dem Marktplatz erbaut oder in die Nähe der verkehrsreicheren neueren Viertel gerückt werden soll. Es versteht sich, daß in dieser Frage die lokalen Interessen stark auf einander schlagen; aber auch dieser Frage haben sich die politischen Drabthier bedient. Die Entscheidung soll in einigen Wochen erfolgen und sie wird, Dank der Agitation der Volkspartei, wahrscheinlich dahin fallen, daß das neue Stadthaus auf den alten Platz gestellt wird, der heute vom Verkehr abseits liegt und rings von engen Gassen umgeben, nicht einmal der Verkehrszugangig ist.

Mün., 1. August. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung des deutschen Anthropologen-Kongresses, an welcher eine 150 Mitglieder theilnahmen, gab Major Treutlich-Stuttgart ein Bild der Vorzeit Schwabens. Hölder-Stuttgart sprach über die sogenannte Rammstatter Rasse des französischen Naturforschers Quatrefages, welche er als ein Phantasiegebilde bezeichnet. Von Vörsow-Berlin wurde dem Rammstatter-Schädel jede typische Bedeutung abgesprochen; bis jetzt sei kein Befund erbracht, daß der Mensch mit dem Mamuth zusammen gelebt habe.

## Oesterreich-Ungarn.

Von der bosnischen Landesregierung wird in den Kreisstädten Bosniens und der Herzegowina ein Interesse der weiblichen Bevölkerung und in besonderer Rücksicht auf die Gefühle und Sitten der Mohammedaner je eine Arztin mit dem Titel „Amtsärztin“ angestellt. Für diese Stellen wird aus bosnischen Landesmitteln ein fester Ge-

halt von 1000 Gulden und eine Aktivitätszulage von 400 Gulden nebst einer Naturalwohnung oder dem Quartiergeld von 200 bis 300 Gulden, je nach den Verhältnissen ausbezahlt. Die Juristenstellen werden den Neu-Ermanneten vergütet. Die Anstellung erfolgt zunächst provisorisch auf ein Jahr. Bewerberinnen um die erwähnten Stellen haben ihrem Gesuch ihr Doktordiplom, eventuell auch den Ausweis über ein abgelegtes Staatsexamen beizulegen. Erwünscht ist die Kenntniß einer slavischen Sprache; mindestens muß aber im Laufe des Probejahres die bosnische Landessprache für den Konversationsgebrauch erlernt werden. Besondere Berücksichtigung finden Bewerberinnen aus Oesterreich-Ungarn, dann aus Deutschland, aus der Schweiz, aus Holland und Norwegen. Die Gesuche können bis 1. Oktober l. J. beim Reichs-Finanzministerium (für Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina) eingereicht werden.

Wien, 1. August. (W. Z. B.) Auf Antrag des Ministers des Innern hat die Nordbahn bis auf Weiteres den direkten Uebergang aus Rußland kommender Waggons auf österreichisches Gebiet eingestellt.

## Belgien.

Die beiden neu gewählten konstituierenden Körperschaften Belgiens, der Senat und die Repräsentantenkammer, wählten die Ausschüsse, welche die Verfassungsbuchdrück vorbereiten und die von ihnen angenommenen Anträge bei dem am 10. November erfolgenden Wiederausammentreten der Kammern vorlegen sollen. Damit ist die außerordentliche Tagung, welche dem Lande an parlamentarischen Dingen 280 Franken kostet, nach achtzehntägiger Dauer und nach wenigen Sitzungen geschlossen, ohne daß auch nur der geringste Fortschritt in der Frage der Verfassungsbuchdrück erzielt worden ist. Nichts ist entschieden, keine Einigung ist angebahnt; kein Mensch vermag zu errathen, was aus dieser Durchdrift werden wird. Das Ministerium hat sich in Schweigen gehüllt und die Einbringung seiner Anträge verweigert, um eine Ministerkrise zu verhüten. Die Rechte ist den Anschauungen des Königs und der katholischen Minister entschieden feindlich gesinnt; die Linke ist unter sich uneinig und tief gespalten; Rechte und Linke stehen sich unversöhnlich gegenüber; nirgends sieht man, wo für irgend einen Antrag die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zu finden ist. So geht man in die Ferien und überläßt es den Ausschüssen, ob sie eine Einigung finden werden; die Ausschüsse für die Erfüllung der Wünsche der breiten Schichten der Nation sind wenig glänzend; um so entschlossener werden Fortschrittspartei und Arbeiterpartei die jetzt entstehende Ruhepause dazu auszunutzen, um für das allgemeine Stimmrecht Stimmung zu machen.

Brüssel, 1. August. (W. Z. B.) Die Meldung, daß die Unterhandlungen zwischen Frankreich und dem Kongostaat wegen der Ermordung des französischen Reisenden Baumayrac abgebrochen seien, entbehrt, wie von unrichtiger Seite verlautet, der Begründung. Die Unterhandlungen seien nur vorübergehend unterbrochen, um den belgerseitigen Delegierten Zeit zu gewähren, an ihre Regierungen Bericht zu erstatten und Instruktionen einzuholen. Wenn die Verhandlungen nicht zum Ziele führen sollten, so würde die Angelegenheit gemäß den Bestimmungen des Berliner Vertrages einem Schiedsgerichte unterbreitet werden müssen.

## Frankreich.

Paris, 1. August. (W. Z. B.) Nach den bisher bekannten Resultaten der Generalratswahlen sind 977 Republikaner und 217 Konservervative gewählt und 90 Stimmlosen erforderlich. Die Republikaner gewinnen 127 Sitze.

Paris, 1. August. (W. Z. B.) Nach einer Meldung des „Temps“ sind zwischen den Stationen Cotte und Saint-Germain aus einem plomierten Wagon zwei Risten mit Dynamit im Gesamtgewicht von 38 Kilogramm entwendet worden.

## Italien.

Catania, 1. August. (W. Z. B.) Der Ausbruch des Aetna geht seinem Ende entgegen. Das Gesteine hat aufgehört, der Rauch ist weiß, die Lavaströme werden langsamer und erstarren allmählich.

## Großbritannien und Irland.

Die Königin hat einen eigenen Orden für freiwillige Offiziere gestiftet. Er führt den Namen: „Die Dekoration der Freiwilligen-Offiziere.“ Der Orden besteht aus einem silbernen Einzelelement mit goldenem Bande. In der Mitte befindet sich der königl. Namenszug mit der Krone darüber.

Ein in Tanger erscheinendes französisches Blatt, der „Reveil du Maroc“, behauptet, daß die von dem englischen Gesandten Sir Evan Smith dem Sultan von Marokko gegenüber gestellten Forderungen keineswegs ausschließlich im gemeinsamen Interesse aller Mächte gewesen wären. Es hätten sich vielmehr darunter auch folgende Forderungen befunden, die ausschließlich englische Interessen betrafen: Nr. 9. Eine marokkanische Staatsbank unter englischen Kapitalisten. Nr. 10. Ein Polizeikorps für Tanger, kommandirt von dem Engländer Mac Lean. Nr. 13. Den Engländern wird das Recht zugesprochen, Befestigungen auf der Küste von Marokko zu errichten. Nr. 14. Einem Engländer wird die Ausübung der Korkeienwälder von Tetuan und Larache abgetreten. Nr. 16. Anerkennung des englischen Besitzrechtes auf Kap Zuh.

Es liegt auf der Hand, daß man es hier mit einer ganz gelungenen Erfindung zu thun hat. Die Wurzeln der Punkte, die hier angeführt sind, erscheinen ihrer ganzen Natur nach nicht zur Aufnahme in einen Handelsvertrag geeignet. Welche Absichten das französische Blatt mit seiner Erfindung verfolgt, ist so offenbar, als daß man es nicht hätte, darauf einzugehen.

Cowes, 1. August. (W. Z. B.) [Ausführliche Meldung.] Se. Majestät der Kaiser und Se. königl. Hoheit Prinz Heinrich verließen die Nacht „Kaiserlicher“ Nachmittags 4 Uhr und fuhren in einem vierzehnrudrigen Boot nach dem Landungsplatz von Cowes. Se. Majestät der Kaiser trug britische Admiralsuniform. Se. königl. Hoheit Prinz Heinrich die Uniform eines deutschen Kapitäns zur See. Se. Majestät der Kaiser fuhr mit dem Herzog von Connaught und



